Nr. 555 • Ausgabe B Nr. 254
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 555

Abend-Ausgabe

Freitag, 21. November 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Zurückziehung des Friedensvertrages durch Wilson

Der Eindruck des Wilsonschen Beschlusses in den Ententeländern.

Amsterdam, 21. November. (T. U.)

Die Zurückziehung des Friedensvertrages durch Wilson hat in Frankreich und England einen ganz ungewöhnlichen Eindruck gemacht, obgleich die politischen Kreise auf diese Entwicklung vorbereitet waren. Die maßgebende englische Presse befaßt sich in spaltenlangen Artikeln mit der neu geschaffenen Lage. Den Kernpunkt der englischen Pressekommentare bildet die Feststellung, daß Völkerbund und Friedensvertrag ohne Amerika in Kraft treten werden, und daß sich die Vereinigten Staaten vollkommen isolieren.

*

Wir haben die uns von besonderer neutraler Seite zur Verfügung gestellte Meldung, daß Wilson den Friedensvertrag zurückgezogen habe, schon im heutigen Morgenblatt verzeichnet. Es tritt nun also ein Zustand ein, der zur Folge haben dürfte, daß die Vereinigten Staaten sich aus den Kommissionen, also beispielsweise auch aus den Ueberwachungskommissionen in den besetzten Gebieten und in den Abstimmungsgebieten zurückziehen werden. Ebenso werden sie dann nicht an der Wiedergutmachungskommission teilnehmen. Es könnte sein, daß der Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika durch einen einfachen Beschluß des Kongresses beendet werden wird, was dem letzten Vorschlag des Senators Lodge entspräche. Auch in diesem Falle würden aber zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Rechtsfragen usw., direkte Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nötig sein.

Die Vorgänge im amerikanischen Senat.

Der Antrag Lodge auf Beendigung des Kriegszustandes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 21. November.

Zu den Vorgängen im amerikanischen Senat, die zu der bekannten Ablehnung auch des unveränderten Friedensvertrages führten, wird noch gemeldet: Der Vorsitzende des Senats, Vizepräsident Marshall, erklärte nach der Ablehnung des Antrages von Lodge, er sei der Meinung, daß das Abkommen jetzt wieder so beschaffen sei, wie es den Ausschüssen vorlag und daher neuen Aenderungsanträgen zugänglich sei. Der Senat verwahrte sich aber mit 51 gegen 42 Stimmen gegen diese Auffassung. Im Verlaufe der weiteren Abstimmung reichte dann Lodge seinen bekannten Vorschlag ein, der im Wortlaut heißt:

„Der Senat erwägt, daß am 6. April 1917 auf Grund der Handlungen der damaligen deutschen Regierung der Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika erklärt worden ist, daß diese Handlungen der damaligen deutschen Regierung seit langer Zeit aufgehört haben, daß durch den Waffenstillstand vom 11. November 1918 die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten aufgehört haben, daß Deutschland laut den Bestimmungen des Versailler Abkommens mit allen Staaten, mit denen es im Kriege war, wieder in Frieden leben wird, sobald drei der vier Entente-Hauptmächte das Abkommen ratifiziert haben, und beschließt, das Einverständnis des Abgeordnetenhauses vorausgesetzt, den Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gleichfalls als beendet anzusehen."

Aus dem Berichte der Senatssitzungen ergibt sich, daß 14 demokratische Senatoren für den Antrag von Lodge gestimmt haben, während 13 Republikaner dagegen waren. Wenn auch diese 13 ihren Führern treu geblieben wären, hätte der Antrag Lodge 68 Stimmen erhalten und die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Aus ihrem Abschwenken zieht man die Schlußfolgerung, daß diese Republikaner im letzten Augenblick doch vor der Verantwortung für eine Ablehnung des unveränderten Abkommens zurückgeschreckt sind.

Sofortiges Inkrafttreten des Friedensvertrags?

(Telegramm.)

Rotterdam, 21. November. (W. T. B.)

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet zur Ablehnung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat, daß man in Paris allgemein der Ansicht sei, daß das **Inkrafttreten** des Friedensvertrages, nachdem er schon von drei Großmächten ratifiziert worden ist, **keinen Augenblick länger hinausgeschoben werden** dürfe.

*

Aus Bern ist gemeldet worden, der Versailler Friedensvertrag solle am 1. Dezember in Kraft treten. Eine solche Festlegung auf ein bestimmtes Datum ist vorläufig sehr unwahrscheinlich. Sie hätte zur Voraussetzung, daß vorher die Verhandlungen, die in Paris zwischen den Vertretern der Entente und der von Geheimrat v. Simson geführten deutschen Kommission im Gange sind, in abschließender Weise beendet würden. Diese Verhandlungen haben eben erst begonnen und obgleich es scheint, daß der Wunsch, zu einem für beide Teile annehmbaren Ergebnis zu gelangen, dabei vorwaltet, läßt sich über das Endresultat und über den Tag der Unterzeichnung natürlich noch nichts sagen. Es ist selbstverständlich, daß vor einem Inkrafttreten des Friedens die Zurücksendung der deutschen Kriegsgefangenen geregelt werden muß, und die von England erhobenen, für Deutschland unerträglichen Schadenersatzforderungen für die Versenkung der Schiffe bei Scapa Flow dürften eine eingehende Auseinandersetzung nötig machen. Darum ist, wie gesagt, kaum anzunehmen, daß die Entente bereits einen bestimmten Termin für das Inkrafttreten des Versailler Vertrages festgesetzt haben sollte. Die Nachricht vom Ausscheiden Amerikas kann allerdings dazu beigetragen haben, den Wunsch nach einer Beschleunigung der Aktion zu verstärken.

Nach den Vernehmungen im Untersuchungsausschuß.

Die Feststellungen über den U-Boot-Bau.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. med. Struve-Kiel.
Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung.

Was wir unter der Herrschaft der Zensur nie sagen durften, was uns später von den Freunden des Großadmirals v. Tirpitz stets bestritten worden ist, das hat sich jetzt durch die Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß als lautere Wahrheit herausgestellt: Im März 1916, als von den Herren Grafen Westarp und Stresemann der sofortige uneingeschränkte U-Boot-Krieg gefordert wurde, da schwammen westlich von England auf einer Länge von 600 Seemeilen ständig nur drei U-Boote. Mehr nicht! Das war Tirpitz' Leistung — und Ende.

Auch unsere Behauptung, daß die entscheidenden Ausführungen des Staatssekretärs v. Capelle vom 28. März 1916 trotz aller gegenteiligen Versicherungen nicht in dem Protokoll des Reichstages enthalten seien, entspricht den Tatsachen. Heute habe ich durch eine Nachfrage festgestellt, daß sie erst am 24. März 1918 übersandt sind, ohne — nebenbei bemerkt — bis heute in das amtliche Protokoll eingereiht zu sein.

Zur selben Zeit — im Jahre 1916 — hatte der Bundesrat von Herrn v. Tirpitz durch Herrn Löhlein über die Anzahl der U-Boote die Zahl „203" gehört. Diese Zahl 203 hat die bekannten „Unstimmigkeiten" hervorgerufen, die auch dadurch nicht beseitigt sind, daß der Bundesrat später erfahren durfte, von diesen 203 U-Booten seien mit Einschluß der Schulboote 54 frontbereit!

Ein merkwürdiges Zahlenspiel: 203 Boote sind damals dem Bundesrat genannt worden, 2—3 waren zur selben Zeit draußen im Kampf gegen England.

Herr v. Capelle hat seinerseits glatt zugegeben, daß bei den U-Boot-Bestellungen während seines Staatssekretariats 1916—1918 „das Jahr 1916, das von ausschlaggebender Bedeutung war, schlecht weggekommen ist". Nur 90 U-Boote — ich folge dem Bericht — hat er 1916 in Auftrag gegeben. Damit sind alle Vorwürfe, die ich wegen versäumter U-Boot-Bestellungen dem Herrn Staatssekretär gemacht habe, von ihm zugegeben. Es ist also tatsächlich wahr, daß während des Jahres 1916, als es die allerhöchste Zeit war, U-Boote, die noch während des Krieges Verwendung finden sollten, in Bau zu geben, weder unsere Werften noch unsere Industrie voll ausgenutzt worden sind.

Herr Staatssekretär v. Tirpitz hat in den zwanzig Monaten vom August 1914 bis März 1916 80 455 Tonnen U-Boote bestellt. Das macht im Monat 4000 Tonnen. Die Capelle-Bestellungen belaufen sich auf ungefähr 5000 Tonnen im Monat. Dagegen sind vom U-Boot-Amt unter den Herren Ritter v. Mann und nachher Admiral v. Scheer Bestellungen in Höhe von 40 000 Tonnen für den einzelnen Monat ergangen, Zahlen, die so sehr für sich sprechen, daß jeder weitere Kommentar unnütz wäre.

Lebhaften Widerspruch müssen wir aber auch heute noch gegen die Art erheben, wie Herr v. Capelle die von ihm unterlassenen U-Boot-Bestellungen im Jahre 1916 zu entschuldigen versuchte. Herr v. Capelle hat am 11. d. M. behauptet, die politische Situation habe ihn gehindert, ein großzügiges U-Boot-Programm aufzustellen: „Ich konnte dies nicht, wenn ich mich nicht in schreienden Widerspruch zum Reichstag und zur Regierungspolitik setzen wollte." Mit dieser Behauptung stellt sich Herr v. Capelle in einen beklagenswerten Widerspruch zu den Tatsachen des Jahres 1916.

Schon am 28. März 1916 hat der Abgeordnete Groeber die politische Lage richtig gekennzeichnet durch die Bemerkung: „Wir haben nicht die genügende Zahl von U-Booten, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg führen zu können. Der Reichskanzler würde, wenn er die nötige Anzahl von U-Booten hätte, von ihnen einen scharfen Gebrauch machen. Somit besteht sachlich kein Streitgrund mehr."

Auch wir Fortschrittler haben den Standpunkt vertreten, daß wir in den Konzessionen gegenüber Amerika nicht weiter gehen wollten, als es bisher geschehen war. Am nächsten Tage, am 29., ist an Herrn v. Capelle die direkte Erklärung ergangen, die Bauaufträge in U-Booten erschienen zu gering. Er wurde um Auskunft gebeten, ob die Marineverwaltung wirklich die volle Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie in den Dienst des Baues von U-Booten gestellt habe. Da hat uns Herr v. Capelle bestätigt, er werde sich weiter überlegen, ob auf diesem Gebiet noch mehr zu machen sei. Der Bau von U-Booten sei ja auch eine Werftfrage. „Wie der Krieg anfing, hatten wir zwei Werften, die U-Boote bauten, heute haben wir deren fünf. Heute sind nur noch zwei Werften übrig in Deutschen Reiche, die keine U-Boote liefern. Aber ich werde auch der Frage nähertreten, ob diese Werften noch herangezogen werden können."

Am 4. und 5. April 1916 war die Verhandlung des Marineetats, in der Herr v. Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik der ganzen Flottenbaupolitik des Staatssekretärs v. Tirpitz gab. Dabei hat Herr v. Capelle ausgeführt, daß er nichts unterlassen habe, um soviel U-Boote wie möglich zu bauen. Er halte es auch für angezeigt, daß wir mit einer möglichst großen U-Boot-Flotille in die Friedensverhandlungen eintreten müßten.

Außer uns hat namentlich der damalige Abgeordnete Erzberger, als Sprecher der Zentrumspartei, Herrn v. Capelle gebeten, dafür zu sorgen, daß alle Werften zum Bau von

Der Stand der Kohlenversorgung.

Ueber den Stand der Kohlenversorgung erfahren wir von unterrichteter Seite: Die Förderung hat sich in der letzten Zeit allgemein gehoben, im **Ruhrgebiet** werden zurzeit etwa 245 000 bis 250 000 Tonnen gegen 380 000 in der Vorkriegszeit, in **Oberschlesien** rund 100 000 Tonnen gefördert. Die Produktion im **Braunkohlenrevier** beträgt etwa 90 Prozent der Förderung im letzten Kriegsjahr.

Auch die Zahl der **Belegschaften** hat sich erheblich gebessert; es arbeiten im Ruhrrevier 440 000 Mann gegen 450 000 im Herbst 1918 und 390 000 im Jahre 1913. In Oberschlesien sind 150 000 Mann gegen 160 000 im letzten Kriegsjahr und 130 000 vor dem Kriege tätig. Die Förderung aus dem **Saargebiet** geht bis auf einen verschwindenden Teil an die Entente.

Der **Abtransport** der Kohlen ist stark behindert durch den Wagenmangel, der sich seit Mitte des Jahres immer mehr bemerkbar macht. An der Ruhr betrugen die Haldenbestände am 1. November 832 000 Tonnen, am 15. November 756 000 Tonnen, so daß hier etwa 80 000 Tonnen abgefahren wurden. Aehnlich verminderten sich in Oberschlesien die Halden von 703 000 Tonnen am 1. November auf 586 000 Tonnen bis zum 15. November.

Die Wagengestellung, die an der Ruhr nach Einsetzen der Verkehrssperre 17 000 bis 18 000 pro Tag betrug, sank in den letzten Tagen auf 14 100 bis 14 200 Wagen. In Oberschlesien wurden in der ersten Zeit 8000 Wagen gestellt, jetzt werden täglich etwa 7000 beladen.

Bei der **Versorgung** ist zu berücksichtigen, daß die **preußischen Staatsbahnen** trotz aller Verkehrseinschränkungen 93 Prozent der Kohlenmengen verbrauchen, die sie im Vorjahr bei den gesteigerten Kriegslieferungen benötigten. Am schlechtesten in der Versorgung sind die **Gaswerke.** Während der Normalverbrauch im Durchschnittsmonat etwa 850 000 Tonnen für alle Gaswerke betrug, konnten in den ersten neun Monaten des letzten Jahres pro Monat nur durchschnittlich 510 000 Tonnen geliefert werden. Am 1. Oktober 1918 lagerten bei den Gaswerken als Reserve 780 000 Tonnen, zurzeit sind insgesamt 213 000 Tonnen verfügbar.

Die Belieferung der **Elektrizitätswerke** gestaltet sich etwas besser, da diese Werke oft unmittelbar am Produktionsort sich befinden. Trotzdem war gestern das Elektrizitätswerk Mark bei Hagen i. W., von dessen Betrieb insgesamt 70 000 Arbeiter abhängig sind, gezwungen, das Werk stillzulegen, und dem Elektrizitätswerk Düsseldorf droht das gleiche in kürzester Zeit. Die Versorgung mit **Hausbrand,** die im Vorjahre noch auf 80 bis 90 Prozent der Sollieferung erhalten werden konnte, ist in diesem Jahre auf 50 Prozent zurückgegangen. Besonders schlecht sind Ost- und Westpreußen, Pommern und der gesamte Süden beliefert worden. Bei einer Ausrechnung der augenblicklich verfügbaren Mengen würde auf den Kopf der Bevölkerung pro Tag ein Briefett kommen.

Von der **Industrie** können nur die wirtschaftlich unentbehrlichen Zweige überhaupt beliefert werden und auch sie nur in völlig unzureichendem Maße. Die Zementindustrie wird mit 20 bis 25 Prozent der vor dem Kriege gelieferten Menge abgefunden und von 18 000 Ziegeleien können nur 1200 in Betrieb gehalten werden.

Weitere Vernehmung Hindenburgs.

Eine nochmalige Vernehmung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und Ludendorffs ist, wie wir hören, über die Angelegenheit der Wilsonschen Friedensaktion nicht mehr beabsichtigt, dagegen erscheint es, da eine Anzahl von Personen aus der ehemaligen Umgebung beider Generale wünschen, ihnen als Zeugen gegenübergestellt zu werden möglich, daß in absehbarer Zeit **eine Sondersitzung des Untersuchungsausschusses** zu diesem Zweck stattfinden wird.

Anfragen in der Nationalversammlung.

Die heutige Sitzung.

Auf eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten **Delius** wegen Uebernahme der preußischen Steuerbeamten in die Reichsfinanzverwaltung erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministers, es sei beabsichtigt, den Beamten der Reichsfinanzverwaltung ein Aufrücken aus den Stellen des unteren Dienstes in den mittleren und aus denen des mittleren Dienstes in den höheren bei nachgewiesener Befähigung allgemein zu ermöglichen. Es können hiernach mittlere Beamte in gehobene Stellen bei den Finanzämtern und Landesfinanzämtern aufrücken und mit der Leitung von Finanzämtern betraut werden.

Der Abgeordnete **Bolz** (Zentrum) hat wegen Ueberlastung sein Mandat niedergelegt.

Auf eine Anfrage des Abg. **Roesicke,** daß das Wetten über französische Rennen in Deutschland abermals in gefährlicher Weise überhand nimmt und sich in Berlin bereits eine Zeitung gefunden hat, die noch vor Ratifizierung des Friedensvertrages mit Frankreich die ausführlichen Starterlisten, Voraussagen und Rennergebnisse der französischen Rennen herausgibt, erklärte Unterstaatssekretär Lewald, daß der Regierung diese Vorgänge bekannt seien. Sie werde das verbotene Buchmacherwesen mit allen Mitteln bekämpfen und sei schon mit den Landesregierungen in Verbindung getreten. Insbesondere sei der preußische Minister des Innern gebeten worden, gegen die betreffende Berliner Sportzeitung vorzugehen.